

49 Tote bei Angriff auf Moschee

ISLAMABAD (dpa) - Bei einem Bombenanschlag auf eine Moschee unmittelbar nach dem Freitagsgebet sind im Nordwesten Pakistans gestern mindestens 49 Menschen getötet worden. Mehr als 100 Gläubige wurden verletzt, als sich ein Selbstmordattentäter inmitten der Menschenmenge in die Luft sprengte. Ein Augenzeuge berichtete, zu der Explosion sei es im großen Gebetsraum der Moschee gekommen, in dem sich Hunderte Menschen aufhielten. „Es waren viele Menschen da, weil derzeit der heilige Monat Ramadan ist und Leute von benachbarten Gegenden für das Freitagsgebet zu dieser zentralen Moschee kommen.“ Der Khyber-Distrikt ist eines von sieben halbautonomen Stammesgebieten an der Grenze zu Afghanistan. Am Donnerstag hatte Armeechef Ashfaq Parvez Kayani zum Abschluss einer Offensive gegen Aufständische den benachbarten Bezirk Kurram besucht. Im Stammesgebiet Süd-Waziristan wurden gestern bei einem US-Drohnenangriff nach Angaben aus Geheimdienstkreisen mindestens vier Menschen getötet. Zwei Raketen wurden auf ein Gebäude abgefeuert und zerstörten das Haus.

Kurz berichtet

Wieder Angriffe auf PKK

ISTANBUL (dpa) - Die türkische Luftwaffe hat ihre Angriffe auf Kämpfer der verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei PKK im Nordirak fortgesetzt. Kampfjets hätten am Morgen erneut Ziele in den Kandil-Bergen bombardiert, berichtete die PKK. Die Luftangriffe sind Reaktion auf einen blutigen Anschlag kurdischer Rebellen, die im Südosten der Türkei nahe der Grenze zum Irak einen Armeekonvoi angegriffen und acht Soldaten und einen sogenannten Dorfschützer getötet hatten. In der Provinz Siirt wurden unterdessen am Donnerstag zwei Soldaten bei einem Schusswechsel mit PKK-Kämpfern getötet.

Hazare kommt frei

NEU DELHI (dpa) - Unter dem Jubel Tausender Anhänger hat der indische Anti-Korruptions-Aktivist Anna Hazare gestern das Gefängnis in Neu Delhi verlassen. „Die Fackel der Freiheit, die Ihr angezündet habt, um Indien von Korruption zu befreien, sollte nicht ausgehen“, sagte der 74-Jährige vor der Menschenmenge. Hazare und rund 1400 seiner Anhänger waren am Dienstag vor dem geplanten Beginn eines Hungerstreiks des Aktivisten für ein schärferes Anti-Korruptions-Gesetz festgenommen worden. Nach seiner Freilassung am selben Tag hatte sich Hazare geweigert, das Gefängnis zu verlassen, und begann dort seinen unbefristeten Hungerstreik.

Gbagbo kommt vor Gericht

ABIDJAN (dpa) - Gegen den früheren Präsidenten der Elfenbeinküste, Laurent Gbagbo, ist in seinem Heimatland Anklage wegen Wirtschaftsverbrechen erhoben worden. Gbagbos Frau Simone sei ebenfalls angeklagt worden, hieß es. Nach den Wahlen im vergangenen November hatte Gbagbo sich geweigert, die Macht an den Wahlsieger Alassane Ouattara abzutreten. Es folgte ein blutiger Machtkampf mit Tausenden Opfern.



Interview

Euro-Krise: „Wir dürfen die Demokratie nicht vergessen“

Reinhard Bütikofer: Merkel und Sarkozy können vom Europaparlament lernen

BERLIN - Alle reden von einer neuen europäischen Wirtschaftsregierung, aber niemand vom europäischen Parlament. Das muss nachgeholt werden, sagt der grüne Europaparlamentarier Reinhard Bütikofer. Die Krise verlange schnelles Handeln, gleichzeitig aber müssten die europäischen Verträge so geändert werden, dass das Parlament die demokratische Kontrolle ausüben kann. Mit ihm sprach unsere Redakteurin Sabine Lennartz.

SZ: Europa ist in der Krise, Merkel und Sarkozy wollen eine neue Wirtschaftsregierung. Vom Parlament redet keiner mehr. In Deutschland nicht und in Europa auch nicht. Findet eine Entmachtung der Parlamente statt?

Bütikofer: Es trifft zu, dass Frau Merkel und Präsident Sarkozy so tun, als käme es eigentlich nur auf sie beide an. Sie reden nicht nur nicht vom europäischen Parlament, sie erwecken auch immer wieder den Eindruck, als müsse der Rest Europas einfach nur Ja und Amen sagen zu dem, was sie miteinander ausmachen. Das ist real nicht so. Das europäische Parlament spielt bei der jetzt anstehenden Reform des Stabilitäts- und Wachstumspakts eine entscheidende Rolle.

SZ: Welche denn?

Bütikofer: Es setzt sich mit Nachdruck dafür ein, dass es einen stärkeren Automatismus gibt bei Sanktionen. Es kämpft dafür, dass Schuldner sich nicht mehr gegenseitig Dispens geben können, wenn sie sich nicht an den Pakt halten. Das europäische Parlament ist hier konsequenter als der Europäische Rat. Da könnten Frau Merkel und Herr Sarkozy beim Parlament eine Anleihe nehmen.

SZ: Kontrolliert denn das Parlament oder wird es in der Krise nicht gerade überfahren?

Bütikofer: Beim Europäischen Finanzaufsichtssystem (ESFS) hat das Parlament leider faktisch nicht viel zu sagen, beim ständigen Euro-Rettungsfonds (ESM) sieht es etwas besser aus. Wenn der im Herbst, wenn die nationalen Parlamente ihn beschlossen haben, aus der Taufe gehoben wird, hätte das europäische Parlament wenigstens Informationsrechte, aber eine volle demokratische Beteiligung ist auch dort nicht vorgesehen. Das liegt daran, dass diese stärkere wirtschafts- und finanzpolitische Kooperation außerhalb des Lissaboner Vertrags liegt und deshalb zwischen den Regierungen ausgehandelt wird, ohne dass das Parlament gleichberechtigt beteiligt wäre.

SZ: Wie lässt sich das ändern?

Bütikofer: Es muss jetzt eine klare Verpflichtung der Regierungschefs geben, dass das demokratisch transparent und parlamentarisch kontrolliert werden muss. Wir brauchen eine europäische Versammlung wie damals beim Konvent, der für die Mechanismen der parlamentarischen Kontrolle sorgt.

SZ: In der jetzigen Krise wirkt es so, als ob es nicht genug Zeit für Demokratie gäbe.

Bütikofer: Das ist sehr zugespitzt formuliert, aber wenn ich den Lissaboner Vertrag ändern will, ist das tatsächlich ein erheblicher Aufwand, der in manchen Ländern eine Volksabstimmung voraussetzt, zum Beispiel in Irland. In der Krise haben wir aber nicht so viel Zeit, dass wir sagen könnten, ob wir in diesem Herbst oder im nächsten Herbst eine Lösung finden, ist gleich. Das wäre fahrlässig. Wir dürfen aber deshalb auch nicht sagen „Vergesst die Demokratie“. Was wir jetzt als Provisorium zwischen den Regierungen verabreden, muss auf eine solide Grundlage gestellt werden.

SZ: Sollen die Regierungschefs das freiwillig vereinbaren?

Bütikofer: Nicht freiwillig, wir brauchen vertraglich verankerte Rechte des europäischen Parlaments. Bis dahin liegt die ganze Last der demokratischen Kontrolle beim deutschen Bundestag.

SZ: Aber auch der fühlt sich zurecht oft genug überfahren und muss der Politik hinterherrennen.

Bütikofer: Das sehe ich anders. Ich will mich auch nicht auf das Fingerhaken zwischen Herrn Lammert und Herrn Kauder einlassen. Vieles, was die Abgeordneten der Union und FDP jetzt als große Überraschung behandeln, ist doch in Wirklichkeit nur zu lange von ihnen ignoriert worden. Die Diskussion über Eurobonds ist nicht wie ein Schlagwetter über uns gekommen. Sie wird seit Langem geführt. Der Vorschlag für die sogenannten Bluebonds, ein Konzept gemeinsamer Schulden mit gleichzeitiger

Disziplinierung, ist ein Jahr alt. Die, die jetzt jammern, sind nur die ganze Zeit auf der Bremse gestanden. Deshalb zahlen wir heute schon mehr, als nötig gewesen wäre.

SZ: Der Weg zum Lissaboner Vertrag hat zehn Jahre gedauert. Dauert es jetzt wieder so lang?

Bütikofer: Es geht um die einzige Chance, dieser Krise Herr zu werden. Das kann deutlich schneller gehen, denn wir können einen ideologischen Kampf vielleicht hinter uns lassen. Es geht jetzt nicht darum, ob auf jedem Feld der Politik mehr europäische Zuständigkeit geschaffen wird, es geht nicht um prinzipiell immer mehr Europa, sondern darum, dass dort, wo sich mehr Zusammenarbeit als unabhängig erweist, die europäische Verantwortung auch die Instrumente in die Hand bekommt.

SZ: Eine letzte Frage an den früheren Grünen-Chef: 100 Tage Grünrot in Baden-Württemberg. Hat das Bündnis schon Strahlkraft für andere folgende Wahlen in Bundesländern, etwa Berlin?

Bütikofer: Ich stelle fest, dass die Rückmeldung zu dem 100-Tage-Ergebnis aus Umfragen gut ist. Das hat ganz viel zu tun mit Winfried Kretschmann. Er hat sich in einem atemberaubenden Tempo zu einem Landesvater und zu einer Vertrauensperson entwickelt, die auch von Konservativen ernst genommen und respektiert wird. Wir müssen aber nicht darüber hinwegreden, dass es mit Stuttgart 21 auch das ein oder andere Holpern gegeben hat und der neue Aufbruch noch nicht in voller Schönheit erstrahlt. Das kann erst gelingen, wenn der Volksentscheid für eine Klärung der Verhältnisse gesorgt hat.

Pressestimmen

Die Zeiten sind spannend

Die konservative Tageszeitung „Die Presse“ aus Wien kommentiert die Demonstration gegen den Papstbesuch beim Weltjugendtag in Madrid: „Immer häufiger werden Besuche des Papstes von immer lauterem Protesten gegen ihn begleitet. Jetzt in Madrid sah sich die Polizei sogar gezwungen, mit Gummiknüppeln gegen Demonstranten vorzugehen. Papst und Kirche werden Derartiges locker wegstecken. Aber es ist unbestreitbar, dass Kritik gegen Amtsträger der katholischen Kirche, gegen die Institution an sich und gegen Glaubende generell immer unentspannter artikuliert wird. Spannende Zeiten allemal. Rom und die Bischöfe haben sich die rauer werdende Gangart, die gegen sie eingeschlagen wird, hart erarbeitet.“

Sicherheit wieder Thema

Der jüngste Terroranschlag in Israel spiele der Regierung Netanjahu in die Hände, meint die niederländische Zeitung „de Volkskrant“:

„Welche Gruppierung verantwortlich ist für den Anschlag nahe der ägyptischen Grenze, wo es viele Jahre ruhig geblieben ist, scheint noch unklar. Aber eine Sache steht fest: Es sind Leute, die einfach Tod und Verderben säen wollen und ihren politischen Verstand abgeschaltet haben. Denn in der israelischen Innenpolitik spielt ein aufsehenerregender Terroranschlag der Regierung Netanjahu enorm in die Hände. Anstelle der wirtschaftlichen und sozialen Zerrüttung ist nun in Israel wieder die Sicherheitslage das Thema Nummer eins. Mit palästinensischen Terroristen als andauernder, unberechenbarer Gefahr.“

Warten wir ab bis 2012

„Die Schweizer „Neue Zürcher Zeitung“ kommentiert die zögerliche Haltung Frankreichs zu einem Abkommen über Schwarzgeld-Versteuerung mit der Schweiz:

„Brauch Frankreich keine zusätzlichen Steuereinnahmen, oder sind unsere westlichen Nachbarn einfach weniger pragmatisch als die Deutschen? Die Distanz und Kühle, mit der die französische Regierung das sorgsam austarierte Steuerabkommen mit Berlin und das entsprechende Interesse in London beobachtet, hat andere Gründe. Der Vorwurf eines Ablasshandels mit den Reichen passt schlecht zum innenpolitischen Klima, wo man gerade Pläne für eine Zusatzsteuer auf sehr hohe Einkommen ausarbeitet. Den Vorwurf, die Reichen anders zu behandeln als den Mittelstand, kann sich der Präsident im Wahlkampf nicht leisten. Das Unwort einer Steueramnestie auch nicht, obwohl ein solcher Spatz in der Hand - nimmt man die Zahl von 90 Milliarden Euro - ziemlich einträglich wäre. Also warten wir mal bis 2012.“

Zitat des Tages

„Mit der CDU darf es nie Bestrebung geben, Europa infrage zu stellen.“



Bundeskanzlerin Angela Merkel gestern beim Landesparteitag der CDU Niedersachsen in Hameln.

Die Konservativen gönnen Barack Obama den Urlaub nicht

Der US-Präsident wird heftig kritisiert, weil er ein paar Tage auf eigene Kosten ausspannen will



Barack Obama hat sich in den Urlaub verabschiedet. FOTO: DPA

MARTHA'S VINEYARD (her) - Keine Ruhe, nirgends: Barack Obama macht zehn Tage Sommerurlaub auf der Atlantikinsel Martha's Vineyard, und schon stempelt ihn die Opposition zum pflichtvergessenen Krisenmanager. Dabei sprechen die Ferienfakten eine ganz andere Sprache.

Es gibt hohe Klippen, nette Eisdiele und schöne Sandstrände. Überall findet man verwinkelte Tante-Emma-Läden, während man nach den Riesensupermärkten der Walmart-Kette vergebens sucht, denn die sind nicht erwünscht auf Mar-

tha's Vineyard. Im Küstenstädtchen Oak Bluffs dreht sich das angeblich älteste Karussell Amerikas. Im Hinterland wuchert auf sanftwelligen Hügel wilder Wein.

Barack Obama ist nun schon zum dritten Mal da. Wieder entspannt er sich mit seiner Familie auf der Blue Heron Farm, der Farm der blauen Reiher, einem weitläufigen Anwesen im stillen Südwesten des Eilands. Die Anlage gehört William Van Deventer, einem Holzgroßhändler aus dem Mississippi, der sie regelmäßig vermietet. Eine Woche im Hochsom-

mer kostet bis zu 50 000 Dollar, was Obama aus eigener Tasche bezahlt.

Dabei könnte man es belassen. Doch die Stimmung in Washington ist aufgeladen. Er an Obamas Stelle würde sofort zurück ins Büro reisen, empfiehlt Mitt Romney, der konservative Ex-Gouverneur von Massachusetts, der sich Hoffnungen aufs Oval Office macht. Die Sache ist allerdings die, dass sich der Wahlkämpfer Romney jüngst so ausgiebig in New Hampshire erholte, dass bisige Kommentatoren ihn bereits als vermisst melden wollten.

Verglichen mit Vorgängern zählt Obama eher zur Kategorie der Fleißarbeiter am wichtigsten Schreibtisch der Welt. Mark Knolle vom Fernsehsender CBS hat es akribisch nachgerechnet. Während sich Ronald Reagan im August seines dritten Regierungsjahres bereits 112 Tage Verschnaufpause gönnt hatte, sind es bei Obama gerade mal 61. Einsamer Urlaubsspitzenreiter ist und bleibt George W. Bush. Der hatte zum selben Zeitpunkt schon 180 erholsame Tage in Crawford verbracht, auf seiner texanischen Ranch.